

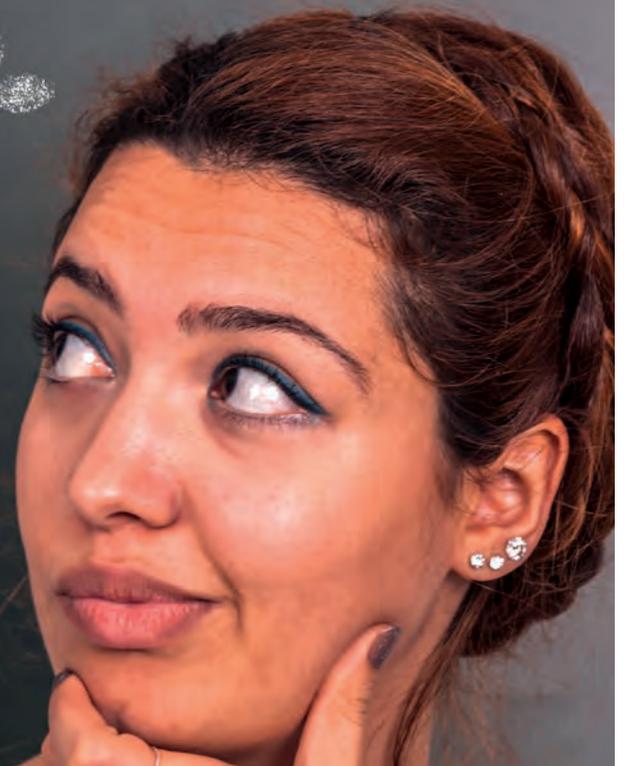


Future

No.

# : Die EU-Jugendstrategie 2010–2018

Ulrike Wissler



**Mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für junge Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt schaffen sowie das gesellschaftliche Engagement und die Teilhabe junger Menschen fördern – dies sind die erklärten jugendpolitischen Ziele der EU für die Arbeitsphase 2010 bis 2018.**

Die Jugendministerinnen und -minister aller EU-Staaten beschlossen dies im November 2009 im Rat als ihr Anliegen für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich, heute besser bekannt unter dem Stichwort „EU-Jugendstrategie“.

Diese Kernziele setzen für die EU-Jugendstrategie ein ressort-, aber auch ein querschnittspolitisches Handeln voraus. Und deshalb wurden mit der EU-Jugendstrategie auch neue Maßstäbe gesetzt, indem ein politisches Agieren in acht prioritären Aktionsfeldern angeregt wurde: Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, Soziale Eingliederung, Jugend in der Welt, Kreativität und Kultur. Hier soll sich der Jugendbereich so aufstellen, dass er sich qualitativ und zukunftsgerichtet zugunsten Jugendlicher und junger

Erwachsener einbringen kann. Dabei wird der Jugendbereich auf EU-Ebene meistens mit dem Begriff „youth work“ beschrieben, was nicht deckungsgleich mit der Jugendarbeit in Deutschland ist. Die bisherigen europäischen Debatten machen deutlich, dass die Handlungsfelder Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit, aber auch Schnittstellen zu Angeboten im Jugendschutz und in den Hilfen zur Erziehung unter dem Begriff „youth work“ angesprochen sind. Tiefergehende Beschreibungen liefert die Anfang 2014 veröffentlichte Studie zum Wert der Jugendarbeit in Europa<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> European Commission, Working with young people: the value of youth work in the European Union. ICF GHK, prepared by Allison Dunne, Daniela Ulicna, Ilona Murphy, Maria Golubeva. European Commission, February 2014.

## Schwerpunktsetzungen im Zeichen der

### Wirtschafts- und Finanzkrise

Seit Einführung der EU-Jugendstrategie Ende 2009 hat der EU-Jugendrat sich vielfältig mit der Frage beschäftigt, wie der Jugendbereich sich sektorübergreifend stärker einbringen kann. Schon zu Beginn der EU-Jugendstrategie zeichneten sich die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für junge Menschen ab, doch das ganze Ausmaß wurde erst in den Folgejahren deutlich. Der Jugendrat folgte nach der ersten Phase der Umsetzung der EU-Jugendstrategie Ende 2012 dem Votum der Europäischen Kommission, die jugendpolitische Zusammenarbeit stärker auf die Abfederung dieser negativen Konsequenzen insbesondere für die soziale Eingliederung, die Gesundheit sowie das Wohlbefinden junger Menschen auszurichten<sup>2</sup>. Die EU-Jugendstrategie sollte dafür auf das fachliche Selbstverständnis des Handelns in der Jugendarbeit und Jugendhilfe setzen und ihre Standards verbessern mit dem Ziel, zur persönlichen Entwicklung aller jungen Menschen beizutragen, die demokratische und gesellschaftliche Beteiligung dieser jungen Menschen auch in Krisenzeiten zu sichern und dafür ihre non-formalen und informellen Bildungsangebote auszubauen. Die europäischen Jugendpolitiker/innen versuchen seitdem, den Spagat zwischen der Unterstützung der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik einerseits und der jugendpolitischen Profilierung ihres eigenen Politikfeldes andererseits zu meistern.

Dazu gehört auch der gerade im EU-Jugendrat verabredete „Arbeitsplan der Europäischen Union für die Jugend“<sup>3</sup>, durch den er für die nächsten 18 Monate seine inhaltlichen Tätigkeiten konzentriert. Die Schwerpunkte des Arbeitsplans sind nicht überraschend, aber doch Ergebnis langer Debatten, was die sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedstaaten über die richtigen Themen deutlich macht. Eine der Prioritäten ist die Weiterentwicklung der Jugendarbeit und des non-formalen und informellen Lernens sowie deren Beitrag zur Bewältigung der Krise für junge Menschen. Darüberhinaus sollen Möglichkeiten der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Politikstrategien erarbeitet werden. Das dritte Thema „Empowerment, mit besonderem Fokus auf Aspekte wie Zugang zu Rechten, Autonomie, Partizipation und aktiver Bürgerschaft innerhalb und außerhalb der EU“ hat insbesondere die neue Triopräsidentschaft (Italien, Lettland, Luxemburg) eingebracht.

2 Gemeinsamer Bericht 2012 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des erneuerten Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018), S. 22.

3 Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Arbeitsplan der Europäischen Union für die Jugend für die Jahre 2014-2015, Mai 2014.

Mit dem Arbeitsplan dieser Vorhaben soll u.a. erreicht werden, dass den Maßnahmen auf EU-Ebene im Bereich Jugend die erforderliche Unterstützung und Aufmerksamkeit zukommen und dass die spezifischen Probleme der jungen Menschen in anderen Politikbereichen der EU (z.B. Beschäftigung, Bildung, soziale Angelegenheiten, Gesundheit) durch eine bessere bereichsübergreifende Zusammenarbeit stärker wahrgenommen werden. Expertengruppen sollen sich mit den Fragestellungen befassen und Ergebnisse und Erkenntnisse für die fachpolitische Auseinandersetzung und Positionierung im Rat liefern. Der Austausch bewährter Politik und Praxis soll das grenzübergreifende Lernen stärken. Es ist zu erwarten, dass der Arbeitsplan Jugend auch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in den Mitgliedstaaten befruchten wird. Die mit dem Strukturierten Dialog geschaffenen Konsultationsverfahren sollen umfassend genutzt werden, „um sicherzustellen, dass der Arbeitsplan auf Probleme, die für junge Menschen von Belang sind, eingeht“<sup>4</sup>.

### Europäische Impulse für Bund und Länder

Gemeinschaftlich verabredete europäische Politikstrategien verpflichten Mitgliedstaaten in der Regel nicht gesetzlich zum Handeln, empfehlen aber eine Öffnung nationaler und regionaler Politikgestaltung auch für europäische Fragestellungen. Die EU-Jugendstrategie bietet nach vielen Jahren Entwicklung in der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich erstmals einen Rahmen, der wichtige Impulse für nationale jugendpolitische Ansätze beinhaltet. Deutschland hat diese Impulse aktiv aufgegriffen und setzt die EU-Jugendstrategie seit 2010 in einer beispielhaften Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern um, die durch die Arbeit einer Bund-Länder Arbeitsgruppe koordiniert wird. Ausgangspunkt des deutschen Modells ist das Verständnis, dass nur ein abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern eine wirksame und nachhaltig erfolgreiche Umsetzung des europäischen Handlungsrahmens in Deutschland ermöglichen kann.

Die Bundesländer haben vor diesem Hintergrund ihre Bereitschaft bekräftigt, im Rahmen der eigenen Zuständigkeit an der Ausgestaltung der Ziele mitzuwirken und sich mit eigenen Beiträgen aktiv an ihrer Umsetzung zu engagieren. Umsetzung bedeutet für Bund und Länder gleichermaßen, jugendpolitische Impulse aus der EU zu nutzen, um spezifische Anliegen der Jugendhilfe voranzubringen, die schon seit Jahren durch den Bund sowie in vielen Ländern und Kommunen engagiert entwickelt und gefördert werden. Fachliche Anregungen aus Europa möchten Bund und Länder insbesondere in drei Themenbereichen nutzbar machen:

- ▶ Partizipation fördern und Demokratie stärken;
- ▶ soziale Integration und gelingende Übergänge in die Arbeitswelt;

4 Ebd.

- Aufwertung und Anerkennung informeller und non-formaler Bildung unter Wahrung der Standards und Konzepte der Jugendarbeit.

In den drei Themenfeldern ergreifen der Bund und die Länder eigene Maßnahmen, um die europäische Dimension in den verschiedenen Handlungsfeldern und Förderprogrammen zu stärken sowie Akteure der Jugendhilfe insbesondere auf der kommunalen Ebene bei der europäischen Ausrichtung ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie führen ebenfalls eine gemeinsame fachliche Arbeit in der Bund-Länder AG durch. Bund und Länder haben sich bei der Umsetzung vom Konzept der „Offenen Methode der Koordinierung“ als Instrument der EU-Politiksteuerung anregen lassen und ein Modell der Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesebene in Deutschland entwickelt.

Sie verfolgen ihr grundsätzliches Anliegen der Verankerung der EU-Jugendstrategie vor Ort auch, indem sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine stärker europäisch ausgerichtete Praxis der Jugendhilfe werben. Unter dem Arbeitsbegriff der „europäischen Dimension in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe“ wird deutlich, was Europa in der eigenen Arbeit sein kann. Dazu gehört z.B., das Lernfeld Europa für junge Menschen, insbesondere für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf, zu erschließen – durch mehr grenzüberschreitende Mobilität, aber durch auch die Förderung der europäischen Mobilität von Fachkräften und deren Qualifizierung für europabezogene Arbeit. Konkret kann europäisch Arbeiten auch der Aufbau und die Entwicklung europäischer Vernetzung sein sowie das grenzübergreifende Voneinander-Lernen in Form von Fachaustauschen.

### Politik und junge Menschen im strukturierten Dialog

Die Beteiligung von jungen Menschen und Jugendorganisationen hat auch in Deutschland ihren festen Platz bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie. Um dies zu gewährleisten, wird der Strukturierte Dialog (SD) in Deutschland durch eine „Nationale Koordinierungsstelle“ beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und eine Nationale Arbeitsgruppe unterstützt. Die nationale Koordinierungsstelle beim DBJR gewährleistet in erster Linie die Information über den SD, sie führt die Konsultationen durch und speist die Ergebnisse deutschlandweit sowie in die europäischen strategischen Debatten der EU-Institutionen ein.

Ein wichtiges Element der Umsetzung des SD in Deutschland sind auch Vorort-Projekte, die junge Menschen auf lokaler Ebene erreichen, in der Regel finanziell unterstützt durch das alte und das neue EU-Jugendprogramm. Hier setzen sich Jugendliche und politische Entscheidungsträger/innen gemeinsam mit ausgewählten Themen auseinander.



### Und anderswo in Europa?

Was die EU-Jugendstrategie in anderen Mitgliedstaaten neu angestoßen hat, ist schwer zu sagen. Die in 2012 abgegebenen Nationale Berichte erlauben dazu keinen tieferen Eindruck. Die Europäische Kommission glaubt, so gibt sie in ihrer Auswertung<sup>5</sup> wider, dass die EU-Jugendstrategie allgemein gut aufgenommen worden sei, wobei ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen nationalen Maßnahmen in den acht Aktionsfeldern und der europäischen Strategie kaum sichtbar wird. Am ehesten scheint die EU-Jugendstrategie Anregungen im Bereich „Partizipation“ und für die Stärkung der transnationalen Mobilität gegeben zu haben, am wenigsten für den Bereich „Kultur und Kreativität“. In den Querschnittsbereichen wird nur selten deutlich, was der spezifische Beitrag der Jugendpolitik dabei ist. Nach der nächsten Berichtsrunde in 2015 kann sich das Bild aber ändern. Es gibt ein wachsendes Bewusstsein über den eigenständigen Wert der EU-Jugendstrategie: dass es nicht allein darum gehen kann, jungen Menschen Kenntnisse und Fertigkeiten zu Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu vermitteln, sondern sie auch für das Projekt Europa zu gewinnen und sie zur Beteiligung und aktiven Bürgerschaft zu ermutigen.

5 COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, Results of the first cycle of the Open Method of Coordination in the youth field (2010-2012), 10.9.2012.

#### ULRIKE WISSER

ist Projektkoordinatorin bei JUGEND für Europa und Ansprechpartnerin für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland.

wisser@jfemail.de